

## **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

### **Keine Ansiedlung des Großmarktes in den alten Hafenvieren**

Die Neuordnung der hochwertigen Flächen im Bereich des ehemaligen Überseehafens ist eine historische Aufgabe und Chance für die Bremer Stadtentwicklung. Hierzu bedarf es eines schlüssigen und zukunftsfähigen städtebaulichen, sozialen und regional-ökonomischen Gesamtkonzeptes sowie angemessener Ankerprojekte.

Die geplante Ansiedlung des Großmarktes erweist sich zunehmend als eine übereilte Besetzung zentraler Flächen. Sie verleiht dem Standort kein angemessenes Profil und verhindert eine der Lagegunst angemessene Adressbildung. Sie ist das Hemmnis für eine qualitativ hochwertige,utzungsgemischte und sozialverträgliche Stadtentwicklung.

Die Gründe, die gegen die geplante Ansiedlung des Großmarktes sprechen, sind seit Jahren von anerkannten Experten in öffentlicher Diskussion namhaft gemacht worden.

Ergänzend haben sich insbesondere folgende Gründe herauskristalliert:

- Die große Vision des Jahres 1996 einer Belebung der Hafenviere durch die Ansiedlung einer international renommierten Ankernutzung „Fruchthof“ mit polnischen Kartoffeldampfern, Fruchtschlag im Europahafen und „Pariser Markthallen“ im Speicher 11 wird nicht realisiert. Es entsteht keine kommunikative und kulinarische Event-Location, sondern eine abgezaunte Welt des business-to-business-Handels.
- Die wünschenswerte Verlagerung der Hochschule für Künste und der Außendependance des Focke-Museums in den denkmalgeschützten Speicher 11 steht in unverträglichem Gegensatz zur baulichen, ästhetischen und gewerblichen Charakteristik des Großmarktes in unmittelbarer Nachbarschaft.
- Die jüngsten Proteste der Bevölkerung zeigen, dass die Ansiedlung des Großmarktes nicht sozialverträglich, sondern nur im Stile einer antiquierten hoheitlichen Planung durchzusetzen ist. Die Wohn- und Lebensqualität in Walle und im gesamten Bremer Westen wird erheblich beeinträchtigt. Die traditionelle und von der Waller Bevölkerung nachdrücklich eingeforderte Verknüpfung mit den umliegenden Wohnquartieren wurde bislang nicht erfolgreich als positive Planungsperspektive in die Gesamtkonzeption einbezogen.
- Die Ansiedlung des Großmarktes lässt sich offensichtlich nur durch weitere millionenschwere Subventionen erreichen, wie der fehlgeschlagene Versuch der Cash+Carry-Marktansiedlung zeigt.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, den Beschluss des Stadtteilbeirates Walle vom 8. März 2001, den Großmarkt am vorgesehenen Standort im alten Hafenvier nicht anzusiedeln, zur Grundlage einer erneuten Beratung und Beschlussfassung zu machen.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. unverzüglich Konditionen für den Verbleib des Großmarktes am jetzigen Standort darzustellen,
2. weitere Standorte als mögliche Alternativen zu der Verlagerung des Großmarktes in die Hafendreiecke zu prüfen.

Karin Krusche, Dr. Helga Trüpel,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen